

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

134 (11.10.1948)

HEUTE NACHRICHTEN

Churchill warnt vor einem neuen Weltkrieg Elf positive Maßnahmen zur Internationalisierung der Atomenergie gefordert

Llandudno, Wales, 10. Okt. (AP) Winston Churchill richtete am Samstag die Warnung an die Vereinigten Staaten, falls sie sich mit der Zerstörung ihres Atombombenvorrates einverstanden erklärten, würden sie sich des Mordes an der menschlichen Freiheit schuldig machen und gleichzeitig Selbstmord begehen.

Der frühere britische Ministerpräsident erklärte auf der Jahreskonferenz der Konservativen Partei, die Vollversammlung der UN sei zum bloßen Kampplatz geworden, auf dem die Vertreter der mächtigen Staaten sich gegenseitig Vorwürfe, Sülcheln und Gegenbeleidigungen entgegen schleuderten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Leidenschaften ihrer Völker anzustacheln zur Vorbereitung eines unbarmherzig sich nähernden dritten Weltkrieges.

„Das bolschewistische Rußland ist bereits schwer gerüstet, und teils der westlichen Staaten zusammengekommen bei weitem“, sagte Churchill. Er könne keine falschen Hoffnungen auf eine freundschaftliche Beilegung des Streites mit Sowjetrußland machen.

„In der heutigen Zeit besteht die einzige sichere Grundlage des Friedens und der Verhinderung eines Krieges in der Stärke. Wenn die Atombombenvorräte unter der Treuhandschaft der Vereinigten Staaten nicht beständen, würde es kein Mittel geben, die Unterjochung Westeuropas durch kommunistische Mächtschaften aufzuhalten, die von den russischen Armeen unterstützt und durch politische Polizei durchgeführt werden“, erklärte Churchill.

Der ehem. Premierminister führte die Tschechoslowakei als Beispiel an, „wo Stalin im Jahre 1948 genau die gleichen

herrschten Teil Koreas aufgeben, sie sollen aufhören, den verborgenen Bürgerkrieg in China zu schüren, und vor allem sollen sie ihre riesigen Gebiete unter gleichen Bedingungen eines normalen Verkehrs der gesamten Menschheit öffnen. Sie sollen anderen die Möglichkeit geben, frei zu atmen und sollen selbst die Möglichkeit haben, frei zu atmen.“

In seinen weiteren Ausführungen unterstützte Churchill nachdrücklich die Rekrutierungskampagne der Regierung, fügte aber hinzu: „Ich muß offen sagen, daß ich kein Vertrauen in die militärischen Vorkehrungen und Vorbereitungen der sozialistischen Regierung oder in die Männer habe, die jetzt in den Vordergrund treten, um eine nationale Bewegung zu führen.“

Zur Berliner Lage sagte Churchill, diese könne zu jeder Zeit einen fürchterlichen Weltkrieg verursachen. „Wenn ich die Verantwortung getragen hätte, so würde ich

Sicherheitsrats-Beratung über Berlin vertagt Vermittlungserfolg Bramuglias? - Direkte Verhandlungen zur Berliner Frage geplant

Paris, 10. Okt. (Dena-Reporter) Die für Montag vorgesehene Sitzung des Sicherheitsrates wurde, wie Reuter am Sonntag aus Paris meldet, auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Beratungen über den Berliner Streitfall sollen in höchsten diplomatischen Kreisen wieder aufgenommen werden. Der Sicherheitsrat wird sich daher voraussichtlich während der nächsten Tage nicht mit dem Berlin-Problem befassen.

Washington, 10. Okt. (AP) Die Vereinigten Staaten seien jederzeit bereit, im Außenministerium die Verhandlungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß zuvor die Blockade Berlins aufgehoben wird, erklärte Außenminister Marshall am Samstag vor der Presse. — Er gab diese Erklärung im Anschluß an zwei ausgedehnte Unterredungen mit Präsident Truman ab. — Marshall erklärte weiter, seiner Meinung nach sei es in hohem Maße unwahrscheinlich, daß ein Übereinkommen mit Rußland über die Frage der internationalen Kontrolle der Atomenergie nach für die Westmächte befriedigenden Richtlinien erzielt werden könne, sofern keine wahrhaft ehrlichen Friedensabsichten auf allen Seiten beständen.

Man erblickt in der Tatsache, daß der argentinische Außenminister seine Bemühungen um die Schlichtung des Streites zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion fortsetzt, ein Anzeichen dafür, daß Hoffnung auf Erfolg besteht.

Bramuglia unternahm ursprünglich seinen Vermittlungsversuch mit Zustimmung der übrigen fünf neutralen Mitglieder des Sicherheitsrates, das heißt, Chinas, Kanadas, Belgiens, Kolumbiens und Syriens, und sollte ihnen am Samstagmittag über den Verlauf seiner Bemühungen Bericht erstatten. — Wie man glaubt, befürwortet Bramuglia eine Lösung, bei der beide Seiten ihr Prestige wahren, das heißt, die Sowjetunion müßte die Blockade aufheben, während die Außenminister zu einer Sitzung zusammentreten würden, um die deutsche und die Berliner Frage auf Viermächtebasis zu erörtern.

Im politischen Ausschuss der Vollversammlung bezeichnete der britische Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcross am Samstag die sowjetischen Abstrachtungsvorschläge als „Humburg“. Großbritannien werde den sowjetischen Vorschläge solange nicht zustimmen, als keine Einigung mit Rußland über die Milderung der UN-Blockade erzielt werden könne. Die Debatte über die russischen Vorschläge solle jedoch fortgesetzt werden, meinte Sir Hartley. Im Zusammenhang mit den sowjetischen Abstrachtungsvorschlägen äußerte die sowjetische Regierung ihre Ablehnung gegenüber den Karten auf den Tisch legen müssen, ehe wir oder irgendjemand anders, der sich mit diesen Vorgängen befaßt hat, zur Friedensstiftung wird.“ Der syrische Delegierte Paris El Khouri schlug vor, die von den Sowjets angelegte Abstrichtung um ein Drittel solle nicht auf alle Staaten gleichmäßig angewandt werden. Einige sollten ihre Streitkräfte um die Hälfte vermindern.

Milderung der UN-Blockade Spaniens?

Acht-Punkte-Abkommen der spanischen Exil-Sozialisten

Paris, 10. Okt. (AP) Wie man am Samstag aus gutunterrichteter Quelle erfährt, stehen Argentinien und Bolivien an der Spitze einer Aktion von sechs Nationen, die auf die Milderung der Blockade der Vereinten Nationen gegen Franco-Spanien zielt. Dagegen erklärten südamerikanische UN-Delegierte des Franco-freundlichen Lagers gegenüber der Associated Press, daß zur Zeit kein Vorschlag für eine Aufnahme Spaniens in die Vereinten Nationen vorliegt.

Die sechs Nationen, die für Aufhebung oder Milderung der UN-Beschlüsse von 1946 gegen Franco-Spanien plädieren, sind Argentinien, Bolivien, Peru, die dominikanische Republik, Nicaragua und Mexiko. Dagegen sollen Venezuela und Mexiko heftigen Widerstand gegen jede Milderung des UN-Standpunktes gegenüber Franco erheben.

Der argentinische Delegierte Enrique Coronas erklärte, der Vorschlag seiner und der übrigen Franco-freundlichen Delegationen wolle nur den politischen Bestrebungen entgegenwirken, die Verwirklichung der Resolution von 1946 zu erzwingen. Bisher haben nur fünf Nationen die Verwirklichung der Beschlüsse von 1946 gemeldet.

Die spanischen Exil-Sozialisten veröffentlichten in AFP am Samstag in der französischen Hauptstadt eine Erklärung, in der in acht Punkte die Forderungen des Abkommens bekanntgegeben wird, das diese Partei mit anderen anti-totalitären Gruppen, die nicht näher bezeichnet werden, zur Lösung der spanischen Frage, auf nicht totalitäre, nicht-falangistische und nicht-kommunistische Weise, geschlossen hat.

Die Punkte sind: 1. Erlaß einer allgemeinen Amnestie für politische Vergehen. 2. Von Anfang an müssen die Menschenrechte und Rechtsmittel zur Sicherung vor Machtmißbrauch garantiert werden. 3. Unbedingte Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Verhinderung aller Racheakte und Repressalien. 4. Wiederaufbau der ruinierten spanischen Volkswirtschaft unter Heranziehung aller an der Produktion interessierten Volksschichten. 5. Erneuerung aller totalitären Gruppen und Einflüsse jeglicher Art aus der politischen Führung



Churchill mit dem Schlüssel zu einem Adirlich in Groydon eröffneten neuen RAF-Hauptquartier.



General de Lattre de Tassigny, der zum Oberbefehlshaber der Westunion-Streitkräfte ernannt wurde. (Dena-Bilder)

Berlin-Vorschläge der „Neutrals“

Paris, 10. Okt. (AP) Die Vorschläge der sechs „neutralen“ Mächte im Sicherheitsrat, Argentinien, Kanada, Kolumbien, Syrien und Belgien, die Berliner Frage auch ohne den Gebrauch des Vetos zu lösen, sind nunmehr dem Krenl zugeleitet worden, wie von verlässlicher Seite am Samstag in Paris verlautete. Wie Gewahrsleute der Vereinten Nationen berichten, sind die Vorschläge der sechs Mächte dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Andrei Wyshinski zur Weiterleitung nach Moskau übergeben worden. Die Notwendigkeit, die Antwort Moskau zu diesen Vorschlägen abzuwarten, habe die sechs Mächte veranlaßt, eine Verschiebung der nächsten Sicherheitsratsitzung über Berlin bis Sicherheitsratskommenden Dienstag zu befürworten. Der Inhalt der Vorschläge konnte nicht unmittelbar in Erfahrung gebracht werden.

Die sechs kleinen Mächte waren am Samstag zur Erörterung dieser Vorschläge unter Vorsitz des argentinischen Außenministers Dr. Bramuglia zu einer internen Besprechung zusammengekommen. Dr. Bramuglia habe „einige Fortschritte“ in den Bemühungen um eine Vermittlung in der Berliner Krise erzielt können, wie der syrische Delegierte Paris El Khouri mitteilte. Der Rußland- und Deutschlandsachverständige des amerikani-

Das Lebensrecht der Nation ist heilig Ministerpräsident Henri Queuille warnt die Streikenden

Paris, 10. Okt. (AP) Der französische Ministerpräsident Henri Queuille sagte am Samstagabend in einer Radiosprache, seine Regierung werde „die erforderlichen Mittel anwenden, um der Arbeiterbewegung die Freiheit zu gewährleisten, die ein aufrechter Charakter annimmt.“ Das Recht zu streiken sei heilig. Nicht weniger heilig sei indessen das Lebensrecht einer Nation. Die erste Pflicht der Regierung bestehe in der Sicherung dieses Rechtes der Nation auf ihr Leben. Sie werde sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen.

Der Ministerpräsident nannte die Kommunisten nicht bei Namen, stellte jedoch die Frage, ob der Ursprung der Streiks nicht in „den politischen Vorurteilen gegen die Arbeiter zu suchen sei.“ „Es kann nicht zugelassen werden“, sagte Queuille, „daß irgend jemand die Arbeiter zu Gegenaktionen gegen die großzügige Hilfe Frankreichs auffordere, die uns von den Vereinten Staaten Amerikas gewährt wird, und daß der Streik dazu dienen soll, auf die Außenpolitik einer Nation einen unerträglichen Druck auszuüben.“

Am Samstag scheint sich in Frankreich das Schwergewicht der Streiks von den Kohlenruben auf das Transportwesen verlagert zu haben. Während im Pariser Bezirk laut AFP die Fernzüge abgefertigt und der Nahverkehr normal durchgeführt wurde, haben hauptsächlich in Ostfrank-

eine solche Entwicklung nicht gestattet haben. Es wäre besorgniserregend, zur rechten Zeit der Blockade Berlins durch Gegenmaßnahmen gegen den russischen Handel und gegen die Ausfuhr nach Rußland von Waren aller Art, die für Kriegszwecke geeignet sind, zu begegnen.

Arbeit in Stichworten

Weltausgleich. Der Sicherheitsrat hat die für heute vorgesehenen Erörterungen über den Streitfall Berlin vertagt.

Politischer Ausschuss. Der Ausschuss befaßte sich am Samstag mit den russischen Abstrachtungsvorschlägen. Der britische Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, bezeichnete sie als „Humburg“, solange Großbritannien mit der Sowjet-Union keine Verständigung über die Atom-Energie-Kontrolle erreichen werde.

Atomenergie-Ausschuss. Der sowjetische Delegierte Jakob Malik forderte im Namen der Sowjet-Union eine Weiterführung des Arbeitens des Ausschusses in der Richtung, die durch die Entschliebung der Vollversammlung vom 24. Januar und 14. Dezember 1946 angedeutet worden sei, und in denen die Verwirklichung der Atomenergie als „vordringliche Aufgabe“ bezeichnet wurde. Kanada brachte am Samstag einen Vorschlag ein, die UN sollten entweder ihre Atomenergie-Kommission innerhalb der nächsten Monate wieder in Funktion setzen oder die weltweite Beratung der Atomkontrolle auf ein Jahr aussetzen.

Sozialausschuss. Brasilien wurde am Samstag von den Vertretern Chinas und Großbritanniens ersucht, in seinem Zusatzantrag zu der Konvention über die Menschenrechte die Bezugnahme auf Gott zu streichen und die Artikel zu lassen, Argentinien und Bolivien waren für den brasilianischen Zusatzantrag, während im Rußland verwarf.

Vollversammlung. Kuba, Norwegen und Argentinien wurden am Freitag als Mitglieder in der Sicherheitsrat gewählt. China, Frankreich, Indien, Peru, Belgien und Chile wurden in den Wirtschaftsausschuss und Sozialrat berufen.

Kinderhilfsfond. Großbritannien hat dem Hilfsfond einen Betrag von 12 Mill. Dollar zum Ankauf von Kinderkleidung und Leder zur Verfügung gestellt. Für die im jüdischen Gebiet Palästinas lebenden Flüchtlinge wird der Fond verwendet.

Wirtschaftsausschuss. Der stellvertretende jugoslawische Außenminister Leo Mattes griff am Samstag in scharfen Worten die USA an, trat eindeutig im russischen Standpunkt in Wirtschaftsausschuss und wies alle Vermutungen zurück, Jugoslawien könnte in Richtung des ERP auf die westliche Seite gezogen werden. (Nach AP und Dena)

Im Telegrammstil

Washington. Die ERP-Administration genehmigte am Freitag Zuwendungen in Höhe von 388 200 Dollar für die französische Besatzungszone Deutschlands. Der Betrag soll zur Bezahlung von Schiffsfahrten verwendet werden. (Dena-OANS)

London. Die Londoner Konferenz von Eingeborenführern aus den afrikanischen Kolonien Großbritanniens und Mitgliedern der britischen Regierung über soziale, politische, kulturelle und Verteidigungsprobleme ging nach zehntägiger Dauer am Samstag zu Ende. (AP)

Den Haag. Eine holländisch-indonesische Konferenz endete am Samstag in den Grundgedanken der Einigung über alle grundlegenden Punkte für einen Übergang zur Unabhängigkeit Indonesiens. (AP)

Paris. Die französische Regierung hat die streikenden Arbeiter der Kohlenruben durch ein Dekret zur Arbeit zurückgerufen. Bei Nichtbefolgen des Regierungsbefehls kann eine Geldstrafe und Gefängnis verhängt werden. (AP)

Tel Aviv. Wenigstens 20 Mitglieder der Sternbande sind am Samstag mittig aus dem Gefängnis von Jaffa ausgetreten. Sie wurden durch einen von außen kommenden Angriff verbündeter Untergrundkämpfer gedeckt, die sich noch in Freiheit befinden. (AP)

Stuttgart. Das vom württembergischen Landtag beschlossene Betriebsratsgesetz wurde nach Mitteilung des Staatsministeriums am 2. Oktober im Regierungsblatt veröffentlicht und ist damit am gleichen Tag in Kraft getreten.

Frankfurt. Die Einheitsseifenzulassung in der Bizone soll, im 4. Quartal dieses Jahres durch eine zusätzliche Vierteljahres-

Neue Kämpfe in Palästina

Tel Aviv, 10. Okt. (AP) Von der süd-palästinaischen Waffenstillstandfront wurden am Samstag aufflackernde Kämpfe zwischen israelitischen und ägyptischen Truppen gemeldet, die sich über mehrere Meile seit Beginn des Waffenstillstandes von größter Heftigkeit waren. Beobachter in Tel Aviv haben das Wiederaufleben der Kampftritte nach Eröffnung der Pariser UN-Vollversammlung vorausgesagt. Man nimmt an, daß beide Seiten ihre Ansprüche auf die Negev-Wüste durch militärische Aktionen zu stützen suchen, um ihre Stellung bei schließlichen Friedensverhandlungen über diese große Wüste in Süd-Palästina zu festigen.

Keine Auswanderung für Deutsche nach Australien

Berlin, 10. Okt. (AP) Entgegen einem vor kurzem veröffentlichten Bericht haben die australischen Einwanderungsbeamten keine Abänderung erfahren, und Deutschen ist die Auswanderung nach Australien nicht gestattet. Die Frage der Einreise von Deutschen nach Australien wird nicht vor der Ratifizierung eines Friedensvertrages mit Deutschland erwogen werden. Die australische Regierung will jedoch Australiern, die Verwandte in Deutschland haben, die Namhaftmachung solcher Verwandten für die Einwanderung nach Australien anheimstellen. Derartige Benennungen können nur in Australien erfolgen, und schriftliche Anträge bei der australischen Militärmission in Berlin sind zwecklos.

Austauschabkommen mit Österreich

Wien, 10. Okt. (AP) Der österreichische Innenminister, Oskar Helmer, befürwortete am Freitag ein Abkommen über den Austausch von „Volkdeutschen“ zwischen Österreich und Deutschland, da die Zahl der illegalen Grenzüberschreitungen von Personen, die sich wieder mit ihren Angehörigen in Deutschland oder Österreich vereinigen wollen, ständig zunimmt.

Der vielumstrittene Lastenausgleich

Frankfurt, 10. Okt. (Dena) Der Vorsitzende des Fünfzweher-Ausschusses zur Vorbereitung des Lastenausgleiches, Finanzsenator Walter Duede, erklärte am Freitag auf einer Pressekonferenz, alle Sachverständigen stimmen darin überein, im Rahmen des Lastenausgleiches den 21. Juni dieses Jahres als Stichtag für die Vermögensermessung zu wählen. Vermögen, die nach der Währungsreform entstanden seien, sollen keinesfalls zum Lastenausgleich herangezogen werden.

Duede wies darauf hin, daß der Lastenausgleich bei weitem nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllen werde, die man an ihn knüpfte. Er werde aber auch nicht so viel Schaden anrichten, wie diejenigen glauben, die dazu herangezogen werden sollen. Die Frage, wie Hortungsgewinne zum Lastenausgleich herangezogen werden sollen, beantwortete Duede mit der Aufforderung, Vorschläge zu machen, wie ihre Erfassung praktisch zu handhaben sei. Dr. Gerd Bucerius, der gleichfalls an der Presse-Konferenz teilnahm, fügte hinzu, daß Hortungsgewinne möglicherweise auf lange Sicht hin durch Steuern erfaßt werden könnten.

Nach Ansicht Duedes soll das Soforthilfeprogramm nur auf solche Personen Anwendung finden, deren Existenz ernsthaft gefährdet ist. Die Verwaltung der Mittel für den Lastenausgleich soll zentral durch eine möglichst kleine Organisation geschehen. Eine Saldierung erlittener Schäden bei der Erfassung der Vermögen für den Lastenausgleich kommt nach Duede beim Soforthilfeprogramm kaum in Frage.

Kurz beleuchtet

Die Politik der Westalliierten gegenüber der Sowjetunion ist energisch und elastisch zugleich. Sie läßt keinen Zweifel daran zu, daß sie der russischen Blockade Berlins gegenüber nicht nachgeben wird, sie trifft jedoch alle Vorbereitungen, falls Gewalt gegen Gewalt zu setzen, sie bemüht sich aber gleichzeitig um einen friedlichen Ausgleich. Der argentinische Außenminister Bramuglia, der eine Vermittlerrolle übernommen hat, scheint in seinen Verhandlungen mit Wyshinski einen gewissen Erfolg gehabt zu haben, anknüpfend offenbar an den kürzlichen russischen Vorschlag, die Berliner Frage im Außenministerium zu behandeln. Eine Dena-Reuter-Meldung aus Paris zufolge wird der Sicherheitsrat, der am Montag über Berlin beraten sollte, vorerst nicht tagen, das Thema Berlin soll vielmehr wieder „in höchsten diplomatischen Kreisen“ behandelt werden, d. h. im Rat der Außenminister. Man könnte hieraus folgern, daß Wyshinski Bereitschaft zu Entgegenkommen entsprechend mindestens den Forderungen einer zeitweiligen Blockade-Aufhebung kundtut hat. Ob dem so ist oder ob man es wieder nur mit einem russischen Verzögerungsversuch zu tun hat, wird sich schnell herausstellen. Denn es ist als sicher vorauszusetzen, daß die Westalliierten auf schnelle und klare Entscheidungen drängen werden. Sie besitzen ihre Friedensbereitschaft, indem sie nochmals die direkte Absprache versuchen. Rußland wird zu beweisen haben, ob es vom gleichen Friedenswillen beseelt ist.

NEUESTE NACHRICHTEN

Gefährliche Tendenzen

Der anhaltende Preisanstieg, die sich ständig vergrößernde Differenz zwischen Preis und Kaufkraft der Löhne und Gehälter...

Herstellung und den Handel zu einer Verengung seiner Gewinnspannen zu veranlassen...

Herstellung und den Handel zu einer Verengung seiner Gewinnspannen zu veranlassen, geht man gleichzeitig mit Plänteln...

Die Türme an der Grenze

In Neuenkirchen flatterte an einem Giebel eine blau-weiße Flagge. „Ein Holländer“, meinte der sehr lebendige Oberkreisdirektor...

3,6 Millionen Währungsopter

Oberbürgermeister a. D. und Abgeordneter des Wirtschaftsrates J. Braun sprach auf einer Kundgebung in Karlsruhe zum Lastenausgleich...

Interessantes in Kürze

Bewaffneter Schwarzkittel gesucht: Wildschweine, die die Rolle des Jägers übernommen haben...

Inferno Nr. 21 - Das Schicksal „illegaler“ Deutscher

plodiert die Vorhölle nachstens - wenn dabei zugleich einen Nervenschok bekommen, der Ältere hatte ihn vor ein paar Tagen...

3,6 Millionen Währungsopter

Oberbürgermeister a. D. und Abgeordneter des Wirtschaftsrates J. Braun sprach auf einer Kundgebung in Karlsruhe zum Lastenausgleich...

Interessantes in Kürze

Bewaffneter Schwarzkittel gesucht: Wildschweine, die die Rolle des Jägers übernommen haben...

Ninon Radue

Fortsetzung (Nachdruck verboten) Kurz entschlossen suchte ich eine Telefonzelle auf und rief den Zirkus an...

Denkmal für die Blinde

Denkmal für die Blinde, die in der grauen Umarmung wand, stieß der Steuermann nieder und faste neben ihr auf der Klippe...

Denkmal für die Blinde

Denkmal für die Blinde, die in der grauen Umarmung wand, stieß der Steuermann nieder und faste neben ihr auf der Klippe...

